

Presseinformation

Kein Ausbau der Offshore-Windenergie im ersten Halbjahr 2021 – jetzt Fachkräfte halten und gleichmäßige Auslastung ermöglichen

Berlin/Bremerhaven/Frankfurt, 15. Juli 2021 – Erstmals seit mehr als zehn Jahren wird in diesem Jahr in Deutschland kein Zubau bei der Windenergie auf See stattfinden. Diese Ausbaulücke ist nicht der Ausdruck mangelnden Interesses von Investoren oder fehlender Kraft der Industrie, sondern eine Folge von politischen Entscheidungen, deren Auswirkungen für die Offshore-Windindustrie in Deutschland nun sichtbar werden. Dieser Entwicklung kann nur entgegengewirkt werden, indem die Ausbauziele für Windenergie auf See angehoben, Fachkräfte gehalten sowie die Ausbaupläne für grünen Wasserstoff konkretisiert werden.

„Die Offshore-Branche hat das Ausbauziel für das Jahr 2020 erwartungsgemäß erfüllt und ist längst zu einer tragenden Säule der Energiewende geworden. Offshore-Windenergie ist zuverlässig und wettbewerbsfähig. Sie ist ein wichtiger Wirtschaftstreiber und wird auch bei der Erreichung der erst kürzlich erhöhten Klimaziele Deutschlands eine Schlüsselrolle einnehmen. Allerdings haben sich bereits einige Marktteilnehmer aus der Offshore-Windbranche verabschiedet oder ihren Standort aus Deutschland ins Ausland verlagert. Zurückzuführen ist dieser Umstand auf die international zunehmenden Vorgaben, die einen Anteil der Wertschöpfung in nationalen Märkten verlangen, sowie auf die fehlende Aussicht auf Offshore-Wind-Bauaktivitäten in Deutschland in diesem Jahr. Einer solchen Entwicklung darf die deutsche Politik nicht länger zusehen. Es braucht einen zügigen industriepolitischen Impuls“, kommentieren die Branchenorganisationen BWE, BWO, Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE, VDMA Power Systems und WAB die Situation der Branche.

„Um die Technologieführerschaft des Windindustrie-Standorts Deutschland beizubehalten und auch in Zukunft für inländische Wertschöpfung und Beschäftigung zu sorgen, muss der Ausbau neu entfacht und in einer klaren Linie verstetigt werden. Ab Mitte und vor allem gegen Ende der Dekade erwartet die Branche einen verstärkten bis sehr starken Zubau. Diesem Ungleichgewicht sollte unbedingt rechtzeitig entgegengesteuert werden. Weiterhin wichtig bleibt auch die Beschleunigung der Netzausbaumaßnahmen an Land und die bessere Auslastung der Bestandsnetze. Vor dem Hintergrund der durch den Bundestag präzisierten Klimaziele reichen die bisherigen Offshore-Ausbauziele nicht mehr aus. Es braucht Ziellanpassungen für 2030 und 2040“, erklären die Branchenorganisationen weiter.

Beschäftigung erhalten und Marktdesign weiterentwickeln

Die aktuelle Ausbaulücke muss eingedämmt werden. Parallel wird es mit Blick auf die Ausbauziele bis 2030 und 2040 erforderlich sein, Wertschöpfung und Beschäftigung in Deutschland zu erhalten und die Attraktivität des deutschen Offshore-Wind-Marktes nachhaltig zu stärken. Hierfür müssen zum einen schnellstmöglich freie Potenziale erschlossen und zum anderen attraktive und verlässliche Investitionsbedingungen geschaffen werden. „In einem zunehmend international ausgerichteten Markt hat Deutschland ansonsten schlechte Karten“, mahnen die Branchenorganisationen. Die Politik sollte kurzfristig verfügbare Potenziale nutzen, um den negativen Wertschöpfungs- und Beschäftigungstrend mit

Bauaktivitäten, Qualifizierungsmaßnahmen und einer passgenauen Export- und Forschungs-Offensive umzukehren und positiv zu verstetigen. Es geht darum, heute Beschäftigung abzusichern und die Stärken der bundesweit aufgestellten Offshore-Windindustrie auch für bevorstehende Herausforderungen, wie den Aufbau einer „grünen“ Wasserstoffwirtschaft, nutzbar zu machen.

Darüber hinaus muss das Marktdesign für Offshore-Windenergie weiterentwickelt werden, um sowohl Verbraucher als auch Wirtschaft zu entlasten und einen verlässlichen Investitionsrahmen für nationale und internationale Investoren aller Akteursgruppen zu schaffen.

Ausbaupläne für „grünen“ Wasserstoff konkretisieren

Technologien zum Aufbau einer „grünen“ Wasserstoffwirtschaft zusätzlich zur Elektrifizierung durch Strom aus Offshore-Wind ist eine Chance für den Energieanlagenbau in Deutschland – auch für den Export. Daher müssen die Grundlagen dafür jetzt gelegt werden. Klar ist aber auch, dass die aktuelle Ausbaulücke damit allerdings nicht kompensiert werden kann. Für die im vergangenen Jahr formulierten Ausbauziele für Offshore-Wind in Verbindung mit grünem Wasserstoff bis 2040 müssen schnellstmöglich zusätzliche Flächen in Nord- und Ostsee definiert werden. Auf den bislang für die Erzeugung von grünem Wasserstoff auf See vorgesehenen – und bisher nicht per Kabel oder Pipeline angebundenen – Flächen ist eine wirtschaftliche Erzeugung grünen Wasserstoffs nicht möglich, um einen hohen Beitrag zum Wasserstoffziel von 5 GW bis 2030 in Deutschland zu leisten. Konkurrierende Nutzungsinteressen der Schifffahrt, der Marine und des Naturschutzes müssen im Klimaschutzinteresse gelöst werden, um das Erreichen der definierten Ziele sicherzustellen. Hierfür bietet sich der von der EU-Kommission entwickelte Ko-Nutzungsansatz an, dem zufolge der knappe Meeresraum – wenn möglich – von mehreren Akteuren gleichzeitig genutzt werden soll. Diese Idee lässt sich weiterentwickeln und sollte auch in Deutschland vermehrt zur Anwendung kommen. „Für uns steht fest, dass in der deutschen Nord- und Ostsee Kapazitäten von weit über 50 GW Offshore Wind erforderlich und auch machbar sind. Aktuelle Gutachten sprechen von 54 und 57 GW Ausbaupotenzial.* Da der Ausbau der erneuerbaren Energien wichtig für langfristigen Artenschutz ist, müssen hier dringend Kompromisse gefunden werden. Der aktuelle Entwurf des Raumordnungsplans ist dafür ein guter Anfang“, erklären die Branchenorganisationen.

Zur Umsetzung der Nationalen Wasserstoffstrategie muss die Politik außerdem eine marktwirtschaftliche Grundlage für grünen Wasserstoff schaffen und diese auch auf europäischer Ebene einfordern. Der Rahmen für die EEG-Umlagebefreiung grünen Stroms bei der Wasserstofferzeugung bildet dafür einen guten Ansatz, auf den zusätzliche Schritte folgen müssen: Ein verbindliches Mengenziel zur Erzeugung von grünem Wasserstoff aus Offshore-Windenergie und verlässliche Vergabemechanismen. Um das gesetzte Ziel des Markthochlaufs bei Wasserstoff zu erreichen, ist die Verbindung der Wasserstofferzeugung mit dem Ausbau von Windenergiekapazitäten auf See dringend notwendig.

Ziel bis 2030 erhöhen, Ziele für 2045 und 2050 vorlegen

Das neue Ziel der Bundesregierung, bis zu Jahr 2045 die Klimaneutralität zu erreichen, sollte mit konkreten Ausbauzielen für Offshore-Wind und grünen Wasserstoff untermauert werden, gefolgt von einem Ziel bis 2050. Dieses Ziel sollte im Einklang mit Bedarfsprognosen für Ökostrom und grünen Wasserstoff sowie dem Ziel der EU stehen, die Offshore-Windenergie bis 2050 auf 300 GW auszubauen. Dies ermöglicht eine Planung, die durch europaweite und internationale Kooperationen weiterentwickelt werden kann.

*Kurzlinks zu den Gutachten: <https://bit.ly/3wAXbca> / <https://bit.ly/3i2RZbN>

Foto: © WAB/WindMW Service GmbH

Über den Bundesverband Windenergie e.V. (BWE)

Als Mitglied im Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) vertritt der BWE mit seinen über 20.000 Mitgliedern die gesamte Branche. Gemeinsam sorgen die im deutschen Maschinenbau verankerte Zulieferer- und Herstellerindustrie, Projektierer, spezialisierte Rechtsanwälte, die Finanzbranche sowie Unternehmen aus den Bereichen Logistik, Bau, Service/Wartung sowie Speichertechnologien, Stromhändler, Netzbetreiber und Energieversorger dafür, dass der BWE zu allen Fragen rund um die Windenergie erster Ansprechpartner für Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ist.

Über den Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore e.V.

Der Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore (BWO e.V.) ist der Bundesverband aller Unternehmen, die in Deutschland Windparks planen, errichten und betreiben. Damit bündelt der BWO die Kraft und das Know-how für eine erfolgreiche Energiewende in Deutschland und Europa. Der BWO wurde Anfang 2015 zunächst als Arbeitsgemeinschaft Offshore-Wind (AGOW) gegründet und hat mittlerweile 18 Mitglieder.

Über die Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE

Die gemeinnützige Stiftung der deutschen Wirtschaft zur Nutzung und Erforschung der Windenergie auf See wurde 2005 auf Initiative der Branche und unter Moderation des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gegründet. Ziel der Stiftung ist es, die Rolle der Offshore-Windenergie im Energiemix der Zukunft in Deutschland und Europa zu festigen und ihren Ausbau im Interesse von Umwelt- und Klimaschutz voranzutreiben.

Über VDMA Power Systems

VDMA Power Systems ist ein Fachverband des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau VDMA e.V. Der Fachverband vertritt im In- und Ausland die Interessen der Hersteller von Windenergie- und Wasserkraftanlagen, Brennstoffzellen, Gas-/Dampfturbinen und -anlagen sowie Motorenanlagen. Für sie alle dient VDMA Power Systems als Informations- und Kommunikationsplattform für alle Themen der Branchen wie Energiepolitik, Gesetzgebung, Marktanalysen, Messen, Normung, Standardisierung sowie Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Über WAB e.V.

Die WAB mit Sitz in Bremerhaven ist bundesweiter Ansprechpartner für die Offshore-Windindustrie, das Onshore-Netzwerk im Nordwesten und fördert die Produktion von „grünem“ Wasserstoff aus Windstrom. Dem Verein gehören rund 250 kleinere und größere Unternehmen sowie Institute aus allen Bereichen der Windindustrie, der maritimen Industrie sowie der Forschung an.

Bundesverband WindEnergie

Wolfram Axthelm
Tel. 030 212341-251

w.axthelm@wind-energie.de

Bundesverband der Windparkbetreiber Offshore e.V.

Lena Botter
Tel. 030 28444-651

l.botter@bwo-offshorewind.de

Stiftung OFFSHORE-WINDENERGIE

Marlen Sunnyi Bohne
Tel. 030 27595-198

m.bohne@offshore-stiftung.de

VDMA Power Systems

Beatrix Fontius
Tel. 069 6603-1886

beatrix.fontius@vdma.org

WAB e.V.

Hans-Dieter Sohn
Tel. 0173 238 2802

hans.sohn@wab.net